



**- ESSEN FÜR DIE TONNE -**

In Hagen werden Lebensmittel weggeworfen. *Seite 3*



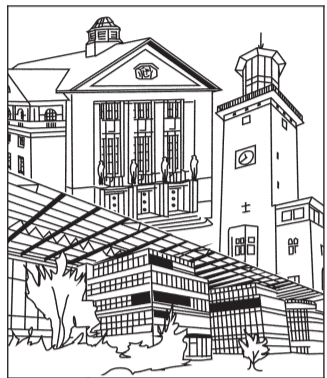
**- AMERIKANISCHE OPER -**

„Susannah“ feiert am Samstag im Stadttheater Premiere. *Seite 4*



**- BOX-WESTFALENTITEL -**

Einer von drei Haspern siegt bei Jugend-Titelkämpfen. *Lokalsport*



**Für eine grüne und smarte Stadt Hagen**

Unternehmerverein stellt konkrete Projekte vor

**HAGEN**  
REDAKTION:  
TELEFON: 02331 / 917 4186  
TELEFAX: 02331 / 917 4188  
LESERSERVICE: 01802 / 404078  
Telefax: 01802 / 404088  
6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute  
ANZEIGENNAHME:  
privat: 02331 / 917 4137  
geschäftlich: 02331 / 917 4130  
E-MAIL:  
hagen@westfalenpost.de  
hagen-sport@westfalenpost

Von Yvonne Hinz  
**HAGEN.** „Grünes Hagen“, „smartes Hagen“ und „jugendförderndes Hagen“ - so lauten die drei Themenfelder, die der Unternehmerverein Hagen ab sofort beackern will.

Mit 47 Mitgliedern ist der im November gegründete Verein an den Start gegangen, beim am Montag stattgefundenen ersten Impuls-Workshop

konnte das 70. Mitglied begrüßt werden. Man wolle die Arbeit der vor einigen Jahren eingeschlafenen Zukunftsforen weiterentwickeln, Identität stiften und ein lebendiges Hagen forcieren, fasst Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Lohmeyer die Ziele des Unternehmervereins zusammen. Drei Projektgruppen wurden eingerichtet; das nächste Treffen, auf dem konkrete Ergebnisse präsentiert werden, findet Mitte Juni statt.

Das Team „Natur und Wellness“ um Gerhard Schießer (Hagen-Agentur) will „Hagens Stärken stärken“, sprich, Hagen als grünste Stadt NRW nach vorne bringen. Hierzu soll ein Premiumwanderweg eingerichtet werden. Eine Wanderstrecke bekommt das Zertifikat „Premiumweg“ erst dann, wenn sie spezielle Kriterien (u.a. Verkehrssicherheit, nutzerfreundliche Markierung und eine besondere Aussicht) erfüllt.

Die Gruppe „Mensch, Motivation, Kultur und Impulse“ beschäftigt sich mit QR-Codes,



Der vor drei Monaten gegründete Unternehmerverein Hagen will künftig Hagen als grünste Stadt NRW ins rechte Licht rücken und u.a. einen Premiumwanderweg einrichten. Unser Bild zeigt Spaziergänger auf Haßley. Foto: Michael Kleinrensing

**GUTEN MORGEN**



Von Yvonne Hinz

Ab heute soll sich der Frühling mit Macht durchsetzen. Endlich werden Mäntel und Stiefel in den Winterschrank verbannt. Aber was rückt auf? Trend-Experten raten zu lieblichen Farben. Apricot und Mint heißt die Devise. Oh je, wie süß ... Außerdem ist der 20er-Jahre-Stil en vogue. Meint schwingende Kleidchen sowie Hängergchen mit Fransen im Charleston-Stil. Und frühlingshafte Oberteile werden mit Schößchen aufgehübscht. Kann bedeuten, dass im Grunde ganz passable Hüften mit ausgestelltem Bund und üppi-gem Volant betont werden. Klingt irgendwie nicht besonders figurschmeichelnd ...

Aber kaum erwarten kann sie die neuen Muster: Paisley feiert ein Comeback. Richtig - die an Amöben erinnernden Tropfen-Blumen-Motive, die schon mal in den 80ern angesagt waren. Leider ... Aber alles wird gut, denn auch klassische Weiß hat es auf die Liste der Trendfarben geschafft. Und die Fashion-Experten müssen es schließlich wissen, oder?

**KOMPAKT**

**Lebensgefahr: Wald für Arbeiten gesperrt**

**HASPE.** Umfangreiche Holzarbeiten lässt der Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) bis zum 13. April in Haspe erledigen. Die Arbeiten erstrecken sich auf die Flächen zwischen ehemaliger Andreas-Brauerei und Kettelbachtal. Aufgrund des eingesetzten Seilkranes und der notwendigen Holzabfuhr sind der Andreas-Wasserweg (Verbindungsweg Hesterstraße und Elsa-Brändström-Weg) und der untere Wasserweg (Fußweg Westfalenstraße und Kettelbach) aus Sicherheitsgründen in besagter Zeit gesperrt. Die Abschnitte werden deutlich gekennzeichnet; das Betreten ist strengstens untersagt: Es besteht Lebensgefahr.



Dr. Andreas Lohmeyer, Vorstand Unternehmerverein Hagen.

**„Habe mich noch nicht entschieden, ob ich Klarsfeld oder Gauck wähle“**

Andreas Rau von der Linksfaktion als Wahlmann für die Bundesversammlung vorgeschlagen

**HAGEN.** Andreas Rau, Leiter der Aids-Hilfe in Hagen, ist als Wahlmann für die Bundesversammlung nominiert worden, die am Sonntag im Reichstag den Bundespräsidenten wählt. Andreas Rau ist sozusagen präsidial vorbelastet. Sein Vater ist der Cousin des mittlerweile verstorbenen Alt-Bundespräsidenten Johannes Rau. Die Nominierung kommt vor allem aufgrund des langjährigen Engagements in der AIDS-Hilfe zustande.

**FRAGE:** Wann haben Sie von ihrer Nominierung erfahren?  
**ANDREAS RAU:** Vor gut einer Woche habe ich erfahren, dass ich als Ersatzdelegierter vorgesehen bin. Am vergangenen Freitag um 17.45, ich war gerade im Düsseldorfer Landtag, kam Bärbel Beuermann von der Linksfaktion auf mich zu und teilte mir mit, dass jemand ausgefallen sei und ich einspringe. Für welche Person ich der Ersatzmann bin, weiß ich nicht. Die Linksfaktion hat jedenfalls ausschließlich Menschen vorgeschlagen, die in sozialen Verbänden tätig sind.

**FRAGE:** Ist das Ihre erste Bundesversammlung?

**RAU:** Ja, das ist eine Gelegenheit, die wohl einmalig ist. So etwas erlebt man nicht noch einmal. Es kommt ja nicht alle zwei Jahre vor, dass ein Bundespräsident gewählt wird. Das ist jedenfalls meine Hoffnung für dieses wichtige Amt.

**INTERVIEW**

**FRAGE:** Sie wurden von der Linksfaktion im Düsseldorfer Landtag vorgeschlagen. Wählen Sie Beate Klarsfeld?

**RAU:** Ich weiß noch nicht, für wen ich meine Stimme abgebe. Natürlich bauen die Parteien darauf, dass die Wahlmänner und Wahlfrauen, die von ihnen entsandt worden sind, auch ihren Kandidaten wählen. Ich sehe mich aber durchaus als Vertreter des Volkes und bereite mich daher gewissenhaft vor. Ich habe mir bereits beide Kandidaten angeschaut und werde noch versuchen, das eine oder andere über sie in Erfahrung zu bringen. Beide Kandidaten sind mir persönlich leider zu monothematisch aufgestellt. Herr Gauck thematisiert die Freiheit, was ich natürlich sehr wichtig finde. Frau Klarsfeld steht für den Kampf gegen den

die auf Gebäuden (z.B. im Drepur-Viertel und in Wehringhausen) angebracht werden. Diese QR-Codes leiten auf Seiten, die per Smartphone heruntergeladen werden können. Die Seiten sollen u.a. aufgenommene Gespräche, die Schüler ab Mai mit (Jugendstil-)Experten führen und virtuelle „Hagen-erforschen“-Routen, die die Jugendlichen selbst gestalten, enthal-

ten. Ferner nimmt das Team um Andreas Lohmeyer und Christoph Purps Kontakt zur Taxizentrale auf. „Wir laden Taxifahrer ein und schulen sie auf unterhaltsame Weise. Hagerer Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten werden erläutert mit dem Ziel, die Taxifahrer - und somit auch die Fahrgäste - von Hagen zu begeistern“, so Lohmeyer. Jene Fahrer, die an der für sie kos-

tenlosen Schulung teilgenommen haben, dürfen ihr Fahrzeug mit dem Logo „Kulturtaxi“ schmücken.

Jugendliche, die aufgrund schlechter Noten, eines fehlenden Schulabschlusses oder unzureichender Deutschkenntnisse kaum eine Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, will die Gruppe „Wirtschaft und Innovation“ fördern. Heißt: Lars

Strodmeyer und seine Gruppe stellen Kontakte zu Unternehmern aus der Region, die ausbilden, her. Man wolle jenen Jugendlichen mit Problemen den Berufseinstieg erleichtern, heißt es. Ziel sei es (neben dem pädagogischen Ansatz), gegen den Fachkräftemangel, der Hagen in den kommenden Jahren bedrohe, zu steuern und Abwanderung zu verhindern.



Andreas Rau ist einer von 1240 Personen, die am Sonntag im Berliner Reichstag den Bundespräsidenten wählen. Foto: MK

Neofaschismus. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse um die rechten Terrorgruppen empfinde ich auch das als ein ganz wichtiges Feld. Entscheiden werde ich mich wohl erst am 18. März vor Ort.

**FRAGE:** Sollte der Bundespräsident direkt gewählt werden?  
**RAU:** Ja. Es ist ein wichtiges Amt. Wenn ich mir das Geschehen der Parteien vor den Wahlen anschau, finde ich das unwürdig. Ob das bei einer Direktwahl besser wäre, weiß ich nicht. Aber bei einer Direktwahl hätte das Amt mehr Legitimation und würde nicht die gerade vorherrschenden

Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung widerspiegeln. Der Bundespräsident wäre vom Volke getragen und sein Wort hätte vielleicht noch etwas mehr Gewicht.

**FRAGE:** Sind Sie nervös, wenn Sie an Sonntag denken?  
**RAU:** Ich bin etwas nervös, wenn ich daran denke, im Reichstag zu stehen und eine - wie ich finde - so wichtige Aufgabe übernehmen zu dürfen. Und wenn ich ganz ehrlich bin, ein wenig stolz macht mich das auch.

Mit Andreas Rau sprach Boris Schopper

**Viermal droht das Aus**  
Schlecker-Streichliste liegt unserer Zeitung vor

**HAGEN.** (bor) In Hagen droht mindestens vier der elf Filialen der insolventen Drogerieketten Schlecker das Aus. Das geht aus der Streichliste des Insolvenzverwalters Arndt Geiwitz hervor, die unserer Zeitung vorliegt. Nicht enthalten sind Filialen, die keinen eigenen Betriebsrat haben - es könnten also mehr Läden bedroht sein. Demnach sollen die Läden in der Leibstraße in Altenhagen, in der Rumm-

nohler Straße in Rummenohl und im Alemannenweg in Hohenlimburg geschlossen werden. Außerdem steht der Schlecker-XL-Markt in der Bahnhofstraße auf der Liste. Die Betriebsräte hatten bis zum vergangenen Samstag Zeit, Stellung zu beziehen und Vorschläge zum Erhalt von Filialen zu machen. Der Insolvenzverwalter will morgen bekanntgeben, welche Läden definitiv geschlossen werden.

**„Förderung muss sich am Bedarf ausrichten“**  
SIHK fordert finanzielle Hilfe für Kommunen

**HAGEN.** Die Vollversammlung der SIHK fordert die Bundesregierung dazu auf, Städten finanzielle Hilfe zur Verfügung zu stellen. Denn deren katastrophale Finanzsituation führe zu einem schlechenden Verfall der kommunalen Infrastruktur.

Das Unternehmerparlament greift die aktuelle Diskussion über den Solidaritätsbeitrag auf. „Angesichts der katastrophalen Haushaltslage der Städte muss sich die Förderung künftig nicht an der Himmelsrichtung, sondern nach am Bedarf ausrichten“, sagt SIHK-Präsident Harald Rutenbeck. „Die Standortqualität der hiesigen Kommunen nimmt ab, weil die Gemeinden zum Haushaltsausgleich die Gewerbe- und Grundsteuer

immer weiter erhöhen. Solche Erhöhungen sind kontraproduktiv und unterlaufen alle Aktivitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen.“

Das Unternehmerparlament bittet daher, nicht die von ihr geplanten Steuerentlastungen in Höhe von rund 6 Milliarden Euro zur Beseitigung des „Mittelstandsbau-ches“ umzusetzen, sondern die Kommunen finanziell zu entlasten, z. B. bei den „explodierenden Sozialausgaben“. Rutenbeck: „Der Bund muss sich insbesondere stärker bei den extrem steigenden Kosten bei der Hilfe für Behinderte beteiligen.“

Die zusätzlichen Mittel müssten die Kommunen dazu verwenden, die hohen Kassenkredite abzubauen.